

Abschlußerklärung

der vierten Bundeskonferenz der

Nord-Süd-Foren



verabschiedet auf der Tagung

"Neue Bündnispartner"

vom 21. bis 24. Februar 1992 in Göttingen



Veranstalter und Förderer

- * *Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, Köln*
 - *Deutscher Städtetag, Köln*
 - *Deutscher Landkreistag, Bonn*
 - *Deutscher Städte- und Gemeindebund, Düsseldorf*
- * *Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV) e. V., Bonn*
- * *DGB-Bildungswerk - Nord-Süd-Netz, Düsseldorf*
- * *Europäisches Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz*
- * *Gustav-Stresemann-Institut (GSI) e. V., Bonn*
- * *Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel, Bremen*
- * *Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Hannover*
- * *Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), deutsche Sektion, Düsseldorf*
- * *Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, Berlin*
- * *Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) e. V., Bonn*

Präambel

Global verantwortliches Handeln auf kommunaler Ebene erfordert das Zusammenwirken aller Kräfte, die sich für die Zukunft unserer Einen Welt in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit engagieren: Vielfältige und effektive Formen von Bildungs-, Informations-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit sind dabei nötig, um die BürgerInnen in unseren Kommunen zu aktivem Handeln zu ermutigen. Entwicklungszusammenarbeit auf lokaler Ebene, beispielsweise in Klimabündnissen, verlangt konkrete Konsequenzen für kommunale Politik; Schritte in Richtung entwicklungsverträglichen Wirtschaftens müssen von den Menschen gewollt werden; Verständnis für die Nöte von Fremden und Offenheit im Kontakt mit anderen Kulturen erfordern den Abbau von Ängsten und Vorurteilen.

Als Novum und besondere Qualität in der Arbeit der Nord-Süd-Foren wurde die Teilnahme neuer Bündnispartner bewertet: Gemeint sind der Deutsche

Gewerkschaftsbund, die Kommunalen Spitzenverbände inklusive des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und der Deutsche Volkshochschul-Verband.

Dies knüpft an die vielerorts gerade in der Bildungs- und Bewußtseinsarbeit zu Nord-Süd-Themen bewährte Zusammenarbeit zwischen Foren, Gewerkschaften und einzelnen Volkshochschulen an.

Die Nord-Süd-Arbeit soll im lokalen und kommunalen Bereich weiter verstärkt werden. Die vierte Bundeskonferenz mit einer großen Zahl von TeilnehmerInnen aus den neuen Bundesländern hat gezeigt, daß der Nord-Süd-Forengedanke auf gutem Wege ist.

Die Anzahl der Foren soll deutlich vermehrt werden, um auch auf diese Weise dem spürbaren Bedeutungszuwachs der lokalen Ebene für die Nord-Süd-Arbeit Ausdruck zu verleihen.

An die weitere Gültigkeit und Aktualität der Abschlußerklärungen von Mainz, Bonn und Berlin wird dabei ausdrücklich erinnert.

Nachdrücklich wird die vom 14. bis 18. Oktober 1992 in Berlin geplante internationale Konferenz "Towns and Development" zum Thema "Lokale Initiativen für dauerhafte Entwicklung" als gute Möglichkeit der gesamteuropäischen und internationalen Vernetzung der lokalen Ebene begrüßt.

Das Europäische Koordinationsbüro in Mainz wird von der 4. Bundeskonferenz beauftragt, sich bei der Bundesregierung für eine deutliche Erhöhung der Mittel für entwicklungspolitische Bildung und für den Beitritt zum Nord-Süd-Zentrum im Rahmen des europäischen Quadrilogs einzusetzen. Die Ankündigung des Beitritts während der internationalen Nord-Süd-Konferenz von "Towns & Development" hätte eine bedeutende Signalfunktion und würde andere europäische Staaten ermutigen, die Nord-Süd-Arbeit in Europa zu intensivieren.

Für die fünfte Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren wird als Schwerpunktthema der Dialog mit der Wirtschaft geplant. Sie soll 1994 möglichst im südwest- bzw. süddeutschen Bereich stattfinden.

Für 1993 ist ein Treffen der Nord-Süd-Foren in kleinerem Rahmen vorgesehen (Themenvorschläge: Gerechte Arbeitsteilung und Frauenpolitik, Organisation weiterer regionaler Treffen von Nord-Süd-Foren).

1. Kommunales Engagement erreicht eine neue Qualität

Kommunen sind zu helfender internationaler Zusammenarbeit in der Lage, wie sie mit der Hilfe für Osteuropa eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben. Immer mehr Städte und Gemeinden sind daran interessiert, einen Beitrag zur Lösung des Nord-Süd-Konfliktes zu leisten.

Zahlreiche BürgerInnen engagieren sich in Nord-Süd-Gruppen. Dieses Engagement reicht angesichts der bestehenden Probleme jedoch nicht aus; es muß erweitert und verstärkt werden. Hierbei können Städte, Gemeinden und Kreise eine wichtige Rolle übernehmen, wie erfolgreiche Beispiele zeigen. Betriebe, regionale Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Vereine und andere gesellschaftliche Kräfte können angesprochen und zur Mitarbeit gewonnen werden. Auf diese Weise fördern die Kommunen die breite Willensbildung und die Aktivierung sachkundiger BürgerInnen in Nord-Süd-Fragen.

Als Arbeitsfelder kommunaler Entwicklungszusammenarbeit haben sich bewährt:

- Die Unterstützung und gemeinsame Betreuung lokal angesiedelter Projekte.

Idee und Konzept der kommunalen Selbstverwaltung als Element der Demokratisierung und Dezentralisierung können in einen breiteren entwicklungspolitischen Kontext gestellt werden.

- Die Unterstützung Nord-Süd-bezogener Informations- und Bildungsarbeit.

Für die Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen mit lokalen Nord-Süd-Foren bietet sich zum Beispiel an, daß von Nord-Süd-Foren organisierte Ausstellungen durch den Oberbürgermeister eröffnet werden und/oder Kommunalpolitiker an Diskussionsveranstaltungen von Nord-Süd-Foren teilnehmen, etc.

Die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Nord-Süd-Foren sind Teil eines Prozesses. Anzustrebendes Ziel ist ein stärkeres Engagement für und die Identifikation mit der Entwicklungszusammenarbeit. Diese erreicht eine neue Qualität, wenn Beiräte eingerichtet werden, das Nord-Süd-Thema in die Ausschußarbeit eingegliedert wird, Aufrufe und Appelle zur kommunalen Nord-Süd-Arbeit im Rat behandelt werden und Stellen für Nord-Süd-Beauftragte geschaffen werden. Darüber hinaus können von den Kommunen finanzielle Mittel (Einrichtung von Haushaltsstellen) und/oder Büroräume für Nord-Süd-Foren bereitgestellt werden.

Um insbesondere auch die Verwaltung zu befähigen, kenntnisreich und verantwortungsvoll mit den Nord-Süd-Themen umzugehen, müssen die Lerninhalte der Verwaltungsakademien angepaßt werden und die kommunalen MitarbeiterInnen entsprechend aus- und fortgebildet werden.

Dabei nehmen die kommunalen Spitzenverbände eine wichtige Mittlerfunktion zwischen solchen Städten, Gemeinden und Landkreisen ein, die sich bereits erfolgreich im Bündnis mit Nord-Süd-Foren betätigen, und solchen Kommunen, die den Zugang zur Entwicklungszusammenarbeit bzw. Formen einer Verbreiterung ihrer eigenen Nord-Süd-Arbeit suchen.

Daneben fällt ihnen die Aufgabe zu, im Rahmen ihrer kommunalen Interessenvertretung dafür zu sorgen, daß Rechtsunsicherheiten der Kommunalaufsicht bezüglich der Zulässigkeit des kommunalen Nord-Süd-Engagements durch entsprechendes Handeln der Länderinnenminister (Verwaltungsanweisung) beseitigt werden.

Die zentrale Organisation und Betreuung der Nord-Süd-Foren, die das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz leistet, bedarf dringend der besseren personellen und finanziellen Ausstattung. Die kommunalen Spitzenverbände werden gebeten, sich für die Schaffung arbeitsfähiger Strukturen einzusetzen.

2. Gemeinsames Engagement von Gewerkschaften und Nord-Süd Foren

Gemeinsam wollen sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Nord-Süd-Foren dafür einsetzen, daß auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene den Nord-Süd-Herausforderungen höhere politische Priorität verliehen wird. Ohne aktive Beteiligung der Bevölkerung sind notwendige Veränderungen vor allem im Norden nicht zu erzielen. Dazu gehört auch die Intensivierung der Werte- und Zielediskussion. Die Partner verbindet die Überzeugung, daß nur eine gerechte, sozial und ökologisch verträgliche Weltwirtschaftsordnung geeignet ist, die Eine Welt für alle zu sichern.

DGB und Nord-Süd-Foren wollen in der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort gemeinsam erreichen, daß zukünftig auf Gemeindeebene entwicklungspolitische Bildungs- und Projektarbeit durch Gemeindehaushaltsmittel in Höhe von mindestens 1 DM pro Kopf/Jahr unterstützt werden. Die zusätzlichen Mittel für entwicklungspolitische Bildungs- und Projektarbeit auf kommunaler Ebene sollen nicht zu Lasten sozialer Einrichtungen gehen. Beide Partner wehren sich entschieden gegen Versuche, die Armen in Süd und Nord immer aufs neue gegeneinander auszuspielen.

Mehr Landesmittel für nord-süd-bezogene Bildungsarbeit sind ebenfalls dringend erforderlich und sollen gemeinsam angestrebt werden. Wegen der verfassungsrechtlichen Bildungskompetenz der Länder kommt dieser Forderung besondere Bedeutung zu.

Bildungs- und Bewußtseinsarbeit für globale Verantwortung auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene wird von Nord-Süd-Foren und Gewerkschaften zunehmend gemeinsam wahrgenommen. Sie wollen in Zukunft diese Tendenz verstärken, jeweils in ihren Strukturen für eine intensive Kooperation eintreten und etwa noch vorhandene Berührungsgängste abbauen helfen. Die Nord-Süd-Foren unterstützen das diesjährige 1. Mai-Motto des DGB "Teilen verbindet" und wollen dazu beitragen, daß dies auch auf das Nord-Süd-Verhältnis bezogen wird.

Im Vorfeld der UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" (UNCED) in Rio de Janeiro wollen die Gewerkschaften und die Nord-Süd-Foren alle Bundestagsabgeordneten mit dieser "Göttinger Abschlusserklärung" vertraut machen und um deren Unterstützung bitten.

Dabei sollen Aktionen zur Umsetzung der UNCED-Ergebnisse und UNCED-Themen auf allen Ebenen nach Abschluß des Erdgipfels angekündigt werden. Außerdem wollen die Bündnispartner verstärkt Beitritte zum europäischen Klimabündnis der Städte fördern.

3. Professionalisierung der Nord-Süd-politischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist als Querschnittsaufgabe in zahlreichen kommunalen, regional und überregional wirkenden Politikbereichen zu sehen. Ihr Ziel, Einsicht in notwendige Verhaltensänderungen zu fördern und die Verhaltensänderung selbst zu bewirken, ist von Nord-Süd-Foren, Gruppen und Initiativen auf kommunaler Ebene am besten zu erreichen. Die entwicklungspolitischen Initiativen und NRO der Entwicklungszusammenarbeit benötigen für ihre Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit hauptamtliches Personal; dabei sollen auch Fachkräfte aus Afrika, Asien und Lateinamerika berücksichtigt werden. Die Erhaltung von ABM-Stellen in diesem Bereich ist notwendige Voraussetzung, kann aber allenfalls eine Übergangslösung sein. Für die Professionalisierung der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit ist die finanzielle und strukturelle Unterstützung notwendig. Daher fordern die Nord-Süd-Foren:

- die substantielle Erhöhung des Etats der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit des BMZ; zusätzlich mit Blick auf den erweiterten Kreis der Antragsberechtigten in den neuen Bundesländern eine Sockelanhebung um mindestens 22 Prozent. Anzustreben ist mindestens eine Verdoppelung der seit sieben Jahren im Prinzip stagnierenden Mittel und ein Verteilungsmodus in der Verantwortung der NRO nach niederländischem Modell;
- institutionalisierte Verwaltungshilfe der Kommunen für die Nord-Süd-Foren;
- Schaffung von Eine-Welt-Schulstellen und dementsprechende Fortbildungen pädagogischer MitarbeiterInnen in allen Bundesländern mit dem Ziel, das Verständnis für unsere Einbindung in weltweite Abhängigkeiten zu fördern und didaktische Inhalte in unterschiedlichen Unterrichtsfächern und Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zu verankern;
- angemessene finanzielle Ausstattung von Fonds auf kommunaler wie auf Länderebene für die Arbeit der Nord-Süd-Gruppen;
- Maßnahmen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene zur Qualifizierung der Multiplikatoren der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch das DGB-Bildungswerk, den Deutschen Volkshochschul-Verband und andere freie Träger politischer Bildung;
- kontinuierliche Erhebungen über das Bild der Entwicklungszusammenarbeit in der Öffentlichkeit auf Bundesebene unter Mitwirkung der NRO;

- Erstellen eines Verzeichnisses von NRO und Nord-Süd-Initiativen für jedes der 16 Bundesländer.

Die Ernsthaftigkeit des Themas verlangt nach höherer Professionalität der MitarbeiterInnen der entwicklungspolitischen Gruppen und kommunalen Einrichtungen. Das Erfüllen der Forderungen ist Voraussetzung dieser Professionalität. Die MitarbeiterInnen entwicklungspolitischer Gruppen und kommunaler Einrichtungen erfüllen eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe, indem sie das Bewußtsein der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeiten stärken und zu Verhaltensänderungen der BürgerInnen anregen. Sie fördern durch die Zusammenarbeit die Völkerverständigung, indem sie den sozialen Bewegungen des Südens und deren Anliegen bei uns Ausdruck verleihen.

4. Unterstützung einer frauengerechten Entwicklung

Die vierte Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren hat ein eigenes Kapitel zur Frage neuer Bündnispartner aus Frauensicht verabschiedet. In der Arbeit der Foren und in allen Veranstaltungen müssen die spezifischen Belange und Interessen von Frauen zu Wort kommen. Mit Blick auf die Themen und Ergebnisse der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Brasilien und den Vorbereitungsprozeß der Weltfrauenkonferenz 1995 soll das Thema "Gerechte Arbeitsteilung und Frauenpolitik" ein Schwerpunkt des nächsten Treffens der Nord-Süd-Foren im Frühjahr 1993 sein.

Weltweit tragen Frauen die Hauptlast der Überlebenssicherung: Sie leisten drei Viertel aller Weltarbeitsstunden und erhalten dafür nur zehn Prozent des Welteinkommens. Im Norden wie im Süden hat die Modernisierung ungleiche Folgen für Frauen und Männer. In den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens haben die herkömmlichen Entwicklungsstrategien zu einer anhaltenden sozio-kulturellen und ökonomischen Marginalisierung von Frauen geführt. Überall erfahren Frauen ähnliche Formen der Diskriminierung und Benachteiligung. Die Weltarbeitsteilung hat im Süden Frauenarbeitsplätze im modernen Sektor geschaffen, die von struktureller Mißachtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte von Frauen gekennzeichnet sind. Von den negativen Auswirkungen des Wirtschaftsprozesses im Norden wie der Zunahme ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse sind Frauen besonders betroffen.

Die Nord-Süd-Foren müssen sich zur Aufgabe machen, Ansätze einer frauengerechten Entwicklung in Süd und Nord zu unterstützen. Hierzu gehören:

- Maßgebliche Beteiligung der Frauen an der Ausgestaltung der notwendigen Struktur-

reformen im Norden und im Süden auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen;

- Berücksichtigung der Vorschläge und Forderungen von Frauenorganisationen des Südens zu einer anderen Form von Entwicklung in der entwicklungspolitischen Diskussion und Politikformulierung - auch auf lokaler Ebene;
- intensivere Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen frauenpolitischen Initiativen in Nord und Süd auf lokaler Ebene;
- Unterstützung konkreter Aktionen wie beispielsweise der Kaffee- und Blumenkampagne durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen Nord-Süd-Foren, Gewerkschaften und kommunalen Einrichtungen;
- Information und Aufklärung zur Situation der Frauen weltweit im Rahmen der Veranstaltungen zum 1. Mai.

Angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krisen gilt die rasch wachsende Bevölkerung in den Ländern des Südens in vorschnellen Erklärungen als deren Hauptursache. Dies zu behaupten, reduziert einen komplexen Ursachenzusammenhang auf einen einzigen Faktor und lenkt erneut vom Überkonsum und von der Ressourcenverschwendung des Nordens ab. In einer Weltgesellschaft, in der jeder fünfte Mensch im Zustand kritischer Armut lebt, ist die Kindergeneration für die meisten der Armen mehr denn je die einzige Sicherung gegen soziale und wirtschaftliche Not. Die Verbreitung von Verhütungsmitteln ohne ausreichende medizinische Grundversorgung und eine allgemeine Verbesserung der Stellung der Frau in der Gesellschaft ist ein rein technokratischer Lösungsversuch. Als Folge von Verschuldung und Strukturanpassungsprogrammen werden hingegen derzeit sogar die erreichten bescheidenen Standards im Gesundheits- und Bildungsbereich abgebaut.

Die Nord-Süd-Foren sind aufgefordert, der verkürzten Sichtweise und emotionalisierten Debatte der Ursachenzusammenhänge und Lösungsmöglichkeiten durch Information und Aufklärung entgegenzutreten. Es muß erkannt werden, daß die Antwort auf die globale Umweltkrise und die weltweite Verarmung vorrangig in einem ökologisch und sozial orientierten Umbau der Industriegesellschaften zu suchen ist.

Lokale Nord-Süd-Initiativen sollten entwicklungspolitische Konzepte und Maßnahmen fördern und unterstützen, die auf soziale Verbesserungen insbesondere für Frauen abzielen. Dies schließt eine umfassende Gesundheitsfürsorge, den freien Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln und Methoden der Geburtenplanung ein.

Weltweit sind 80 % aller Flüchtlinge Frauen und ihre Kinder. Von ihnen erreicht nur ein kleiner Teil die Bundesrepublik. Militärische Konflikte, Gewaltverhältnisse, Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung der natürlichen Lebens-

grundlagen auch in ökologischer Hinsicht zwingen Frauen zur Flucht aus ihrer Heimat. Darüber hinaus hat der Modernisierungsprozeß existentiell wichtige traditionelle Lebensformen zerstört. Auf der anderen Seite wird die Ausgrenzung von Frauen und die Einschränkung ihres Freiheitsraumes gerade durch gewohnheitsrechtliche Regelungen bewirkt und legitimiert. Auch als Trägerinnen sozialer Bewegungen sind Frauen Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung ausgesetzt.

Die Nord-Süd-Foren sind aufgerufen, sich verstärkt für die Belange und Interessen von Flüchtlingsfrauen und ihren Kindern einzusetzen. Die Thesen zur Verbesserung der Situation von AusländerInnen, die auf der 3. Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren verabschiedet wurden, sind nach wie vor aktuell. Praxisorientiertes Handeln ist geboten. Daher fordern die Nord-Süd-Foren:

- Anerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung als Fluchtgrund,
- umfassende und nachhaltige Verbesserung der Betreuung von Flüchtlingsfrauen und ihren Kindern auf kommunaler Ebene,
- Umsetzung der Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen auf kommunaler Ebene¹,
- Verstärkte Vernetzung von Ausländer- und Frauenbeauftragten und der damit verbundenen Einrichtungen auf kommunaler Ebene,
- Öffentlichkeitsarbeit zur Situation von Flüchtlingsfrauen am Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention.

5. Menschenrechte sind unteilbar

Viele Menschen aus allen Teilen der Welt leben in Deutschland. Sie arbeiten, studieren oder suchen hier Schutz vor Verfolgung, Bürgerkrieg und anderen lebensbedrohenden Krisen in ihrer Heimat. Überall, vor allem auf lokaler Ebene, gibt es Gruppen, die mit diesen Menschen zusammenarbeiten und versuchen, für deren Rechte einzutreten.

Die Nord-Süd-Foren sind bestrebt, die Zusammenarbeit sowohl mit den hier lebenden ethnischen Minderheiten als auch mit denjenigen zu intensivieren, die sich in der Flüchtlingsarbeit und in der Arbeit mit ethnischen Minderheiten engagieren. Die Bundesrepublik muß sich zu einer multikulturellen Gesellschaft weiterentwickeln, um gleiche Entfaltungsmöglichkeiten für jeden zu schaffen, denn die "Eine Welt" beginnt vor Ort. Die Nord-Süd-Foren setzen sie sich ein für

- ein allgemeines Antidiskriminierungsgesetz;
- ein Einwanderungsgesetz;
- ein Einbürgerungsgesetz, das die doppelte Staatsangehörigkeit als Möglichkeit für alle

zuläßt, die länger als fünf Jahre ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik Deutschland haben;

- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehepartner und Kinder;
- das kommunale Wahlrecht für BürgerInnen ohne deutschen Paß.

Umweltzerstörungen, strukturelle Armut und soziale Ungleichheiten bewirken wachsende Flüchtlingsströme und Wanderungsbewegungen von Süd nach Nord und von Ost nach West. In Anbetracht der Tatsache, daß der Norden für die weltweiten ökologischen und sozialen Krisen mitverantwortlich ist, fordern die Nord-Süd-Foren eine neue Politik gegenüber den Völkern und Staaten des Südens und Osteuropas. Zwingend erforderliche Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Fluchtursachen sind die Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Stop von Rüstungsexporten, allgemeine Abrüstung und eine global verantwortliche Umweltpolitik. Zugleich sind Demokratiebestrebungen und die Verwirklichung der Menschenrechte in den Ländern des Südens auf allen Ebenen zu fördern.

Nur ein Bruchteil der Weltflüchtlingsbevölkerung erreicht die reichen Länder des Nordens; eine Reihe südlicher Länder beherbergt mehr Flüchtlinge als ganz Westeuropa zusammen. Die Nord-Süd-Foren fordern nachdrücklich die Beibehaltung des subjektiven Rechts auf Asyl für politisch Verfolgte nach Artikel 16 und 19 des Grundgesetzes. Eine Beschleunigung der Asylverfahren sollte durch ausreichende personelle Ausstattung und nicht durch Rechtsverkürzung geschehen. De-facto-Flüchtlingen, die auf Zeit Schutz bei uns suchen, sollte dies außerhalb des Asylrechts ermöglicht werden.

Bund, Länder und Kommunen werden aufgefordert, den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und die vielfach von Betroffenen artikulierten Wünsche und Bedürfnisse dabei zu respektieren.

Die Nord-Süd-Foren sind über Darstellungen und Äußerungen von Medien und PolitikerInnen besorgt, die ein Zerrbild der hier lebenden Minderheiten zeichnen. Dies kann auch Ausländerhaß und Gewalt provozieren. Die Nord-Süd-Foren sehen es als unverantwortlich an, daß die niedrige Anerkennungsquote von AsylbewerberInnen als Zeichen eines "massenhaften Mißbrauchs des Asylrechts" dargestellt wird. Gleichzeitig wird verschwiegen, daß die Mehrzahl der abgelehnten AsylbewerberInnen durchaus vor Gefahr für Leib und Leben geflohen sind, oder daß ursächliche Zusammenhänge zwischen der Zahl der Flüchtlinge und sozialen Problemfeldern bei uns, wie Kriminalität oder Wohnungsnot, hergestellt werden. Über ethnische und kulturelle Minderheiten soll fair und wahrheitsgetreu berichtet werden.

Die Nord-Süd-Foren sind der Ansicht, daß interkulturelles Lernen selbstverständlicher Bestandteil des Bildungsauftrages von Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung werden muß, um die Grundlagen für den Abbau von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu schaffen.

6. Klimabündnis: Globale Verantwortung - lokale Maßnahmen

Auf Initiative der Berliner Amazonientage und der Stadt Frankfurt/M. entstand 1990 das "Klimabündnis der Europäischen Städte mit den Indianervölkern Amazoniens". Hintergrund dieser Initiative ist die drohende weltweite Klimaveränderung, die auf zwei Hauptursachen zurückzuführen ist: die Emissionen der industriellen Ballungszentren des Nordens und die Zerstörung der tropischen Regenwälder.

Die Städte sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Verhinderung der globalen Klimakatastrophe durch konkrete Verpflichtungen, wie sie im Manifest des Klimabündnisses² formuliert sind, nachzukommen. Ziele des Bündnisses sind die Reduzierung der CO₂-Emissionen in den europäischen Städten um 50 % bis zum Jahr 2010, der sofortige Stop von Produktion und Verbrauch von FCKW sowie anderer klimagefährdender Gase und der Verzicht auf die Verwendung von Tropenholz bei der kommunalen Beschaffung. Die amazonischen Indianer ihrerseits erhalten Unterstützung bei ihren Bemühungen um den Erhalt des tropischen Regenwaldes, d.h. bei der Sicherung der Eigentumsrechte und der nachhaltigen Nutzung ihrer Gebiete in der traditionellen indianischen Bewirtschaftungsweise.

Die Ausweitung des Klimabündnisses auf andere bedrohte Regenwaldgebiete ist in Vorbereitung und wird von den Nord-Süd-Foren unterstützt. Zu den kommunalen Handlungsfeldern gehören die Energiepolitik, die Verkehrs- und Planungspolitik, das kommunale Beschaffungswesen ins-

besondere im Bereich der klimagefährdenden Chemikalien und der Verzicht auf die Verwendung von Tropenholz.

Bemühungen um den Beitritt zum Klimabündnis erfordern sorgfältige Vorbereitung. Zusammenarbeit mit lokalen Bündnispartnern in der Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung, im Gemeinde- oder Stadtrat und in der Verwaltung ist erforderlich, um diese Initiative auf eine breite Basis zu stellen und mehrheitsfähig zu machen. Kontinuierliche und umfassende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit trägt zur Bewusstseinsbildung bei und schafft in der Bevölkerung Unterstützung für das Klimabündnis und seine Forderungen.

Die Nord-Süd-Foren betrachten es als wichtiges Aufgabengebiet, Beitritte zum Klimabündnis vorzubereiten und die Umsetzung der Ziele kontinuierlich einzufordern und voranzutreiben. Der Informationsaustausch mit anderen Mitgliedstädten im Klimabündnis gewährleistet den Erfahrungsaustausch und hilft, von anderen zu lernen.

Es liegt auf der Hand, daß die bloße Beitritts-erklärung zum Klimabündnis nicht ausreicht: Konkretes Handeln ist gefordert. Um Räte und Verwaltungen in den einzelnen Städten nicht aus der Verantwortung zu entlassen, benötigen die Nord-Süd-Foren einen langen Atem. Einarbeitung in fachliche Details der Energie- und Verkehrspolitik und des kommunalen Beschaffungswesens ist dabei unabdingbar. Die im Rahmen des Klimabündnisses aktiven Gruppen und Personen sollten regelmäßigen Kontakt zu Ratsmitgliedern und einer festen Anlaufstelle in der Stadtverwaltung suchen (z.B. in Form von Arbeitskreisen). So kann die Umsetzung des Klimabündnisses vor Ort kritisch begleitet werden. Partnerschaftliche Beziehungen mit anderen europäischen Städten können sinnvoll genutzt werden, um diese für den Beitritt zum Klimabündnis zu gewinnen und diese Initiative damit auszuweiten.

- 1 Die Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen sowie der Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Konvention von 1988 kann beim Ministerium für Frauen und Jugend angefordert werden,
- 2 Das Manifest des Klimabündnisses kann über das Umweltforum Frankfurt beim Umweltdezernat, Philipp-Reis-Str. 84-86, 6000 Frankfurt/M., bezogen werden.

Weitere Informationen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und zur Arbeit der Nord-Süd-Foren sind zu beziehen über das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz, Gerold Weisrock, Postfach 38 20, 6500 Mainz.